

Good Farm... U.S.A. ...

Lager von... phen... ords... uswahl von... rumenten... aller Art... Sie sparen... Instrument... kaufen... YERS... Instrumente... Humboldt... 500... 3.75... 3.25... 2.25... 3.75... 1.15... 1.25... 1.25... 1.35... 2.75... 85c... 1.00... 1.75... 3.25... 50c... 3.00... Gültigkeit bis... icht werden... ur Mills... BOLDT... en... Kabel... Oester... w., usw... rten... reien... K... New York.

St. Peters Bote, die älteste deutsche katholische Zeitung... In Canada, per Jahrgang \$2.00... In den Staaten u. Ausland, \$2.50... Einzelne Nummern 10 Cents.

St. Peters Bote. Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

St. Peters Bote, the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan... Subscription: \$2.00 per year, payable in advance... Advertising Rates: Transient advertising \$1.00 per inch...

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. h. Bischofs Pascal von Prince Albert... 19. Jahrgang, No. 11. Münster, Sask., Donnerstag den 27. April 1922. Fortlaufende No. 917.

Vom Ausland.

Berlin. Die Berliner „Germania“, das Organ des Reichstanzlers Dr. Birtz, veröffentlichte vor einigen Tagen einen geheimen Vertrag, der zwischen Belgien und Frankreich abgeschlossen wurde. Derselbe bezieht sich auf einen weiteren Einmarsch in Deutschland, zu dem die Belgier zwei Divisionen stellen sollen und in Norddeutschland einrücken, während die Franzosen in Bayern einrücken wollen. Die Zeitung gibt die genauen Strecken an, auf welchen die beiden Nationen vorrücken wollen, die Plätze, die als Hauptquartiere auszuwählen sind, usw. Voraussetzungen bezieht sich der Vertrag auf die Verhandlungen zwischen Gen. Foch und den Belgiern über „Sicherung der alliierten Heere im besetzten Gebiet“, von denen in Kabelepechen berichtet wurde. Die nationalistische Presse Frankreichs heizt zur Zeit wieder schärfer wie je. Selbst Poincaré ist nicht mehr genügend militärisch. Tardieu ist der Hauptschreier, der den Premier wohl ablösen möchte. Zum Teil ist das Gehebe auch auf die bevorstehenden Wahlen zurückzuführen. Die Nationalisten befürchten eine Schwächung ihrer Stellung im Parlament, falls sie bei den Wahlen unterliegen. Ueber die zukünftige Stellung des in Süddeutschland zwischen Baden und Württemberg gelegenen und zu Preußen gehörigen Fürstentums Hohenzollern hat die Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches jetzt die Verhandlungen abgeschlossen. Der um ein Gutachten ersuchte Regierungspräsident in den hohenzollernischen Ländern, Dr. Belzer, kommt zu dem Schluß, daß vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit der Landesverwaltung eine Angliederung Hohenzollerns an ein angrenzendes oder es umschließendes Staatsgebiet zu wünschen wäre. Von einer Autonomie des Landes könne schon aus wirtschaftlichen Gründen keine Rede sein. Zu diesem Gutachten hat die preussische Regierung die Erklärung gegeben, daß im Falle der Gründung eines Landes Großschwaben keine Bedenken gegen eine Angliederung der hohenzollernischen Lande geltend gemacht würden. Einer Aufteilung der Lande in Württemberg und Baden dagegen müsse mit Rücksicht auf die Volksstimmung grundsätzlich widersprochen werden. Amtliche statistische Nachweise ergeben, daß die Preise für deutsche Agrarprodukte im Verlauf des vergangenen Monats erstaunlich gestiegen sind, so z. B. Weizenmehl, welches Anfangs Februar 1100 Mark pro 100 Kilogramm brachte und Ende März auf 2000 Mark gestiegen ist. Ausländisches Weizenmehl und Roggenmehl können nunmehr ohne besondere Importerlaubnis in Deutschland eingeführt werden. Halbsamtlich wird diese Maßregel damit erklärt, daß die kürzlichen Preise für Mehl aus dem Ausland lediglich niedriger gewesen sind als die für die einheimischen Produkte. Während jeder deutsche Bürger und jede Bürgerin das Recht hat, ohne jede weitere Formalität in den Ehestand einzutreten, be-

darf der Reichswehrsoldat der Erlaubnis seines Vorgesetzten. Meistens erhält er die Erlaubnis erst, wenn er das 28. Lebensjahr erreicht hat. Wenn sie ihm verweigert wird, hat er indessen das Recht, an das Beherrministerium zu appellieren. Erfurt. Seit Jahresfrist macht eine Räuberbande Mitteldeutschland unsicher, bei der als Anführer ein Monteur Plattner die Hauptrolle spielt. Nach einer dem Reichstage zugegangenen Antwort auf eine Anfrage hat diese Bande binnen Jahresfrist 17 Leberfälle auf Rassen, Lohntransporte, Güter und Postämter ausgeführt. Verhaftet sind bisher 26 Täter. Die Beute betrug über eine Million Mark. Ein Mann namens Plattner ist jungst verhaftet worden, doch sieht noch nicht fest, ob er der geführte Anführer ist. In der Antwort der Regierung heißt es: Eine einheitliche und dadurch wirksame Bekämpfung derartig gut organisierter Verbrecherbanden läßt sich erst ermöglichen, wenn die für Reich und Länder geplante Neuorganisation der Kriminalpolizei durchgeführt sein wird. Die Verhandlungen mit den Ländern sind auf Schwierigkeiten gestoßen. Es ist aber zu hoffen, daß der Plan bald verwirklicht wird. Oberammergau. Das Pensionsrat-Komitee hat mit Rücksicht auf die beschränkten Unterhaltsverhältnisse im Orte und in der Nachbarschaft beschlossen, allen Besuchern nahezu legen, nicht länger als zwei Tage im Orte zu bleiben. Die erste Vorstellung wird am 14. Mai stattfinden. Das Theater hat 4300 Sitzplätze und der Stadtrat hat für die Unterkunft einer gleich großen Anzahl von Personen im Orte Sorge getragen. Alle Schlafgelegenheiten und die Verköstigung gehen unter direkter Kontrolle des Stadtrates und strenger Strafen wurden für jene festgelegt, welche versuchen sollten, die Fremden zu benachteiligen. Wien. Kardinal Bissi feierte am 6. April ein Pontifikalrequisitum für den im Exil verstorbenen Kaiser-König Karl von Österreich-Ungarn. Die St. Stephans-Kathedrale war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach dem Requiem soll eine royalistische Demonstration stattgefunden haben, was zu mehreren Verhaftungen führte. U. a. ist Erzherzog Rainer Salvator unter Anklage gestellt und zu 4000 Kronen verurteilt worden. Budapest. Czecho-Slowaken, Jugoslawien und die rumänische Regierung haben die ungarische Regierung benachrichtigt, daß sie sich einer Rückkehr der früheren Kaiserin Zita auf das energischste widersetzen werden, da ihre Gegenwart in Ungarn zu großen Verwicklungen Anlaß bieten würde. London. Ein düsteres Bild von der britischen Industrielle wird im Geschäfts- und Wirtschaftsbericht der amerikanischen Handelskammer in London für den Monat März entworfen. Nach mehreren Monaten des Friedens sind neue Kämpfe in der Industrie ausgebrochen. Die Frage, ob 600,000 geschulte Maschinen zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden, hängt von Unterhandlungen ab, die auf Veranlassung Ministerpräsident Lloyd Georges jetzt stattfinden. Ueber eine Million Leute werden

arbeitlos sein, falls nicht bald eine Einigung erzielt wird. Die Zahl der Ende März registrierten Arbeitslosen betrug 1,762,076 (172,000 weniger als vor 10 Wochen). Wie aus verlässlicher Quelle verlautet, wird bald nach der Rückkehr des Prinzen von Wales aus Ostindien und Japan seine Verlobung mit Lady Mary Cambridge offiziell bekannt gemacht werden. Ungefähr zu gleicher Zeit wird die Verlobung des Prinzen von York, des zweiten Sohnes des Königs Georg, mit Lady Rachel Cavendish angezeigt werden. Wie die „Post“ meldet, sind die alliierten Regierungen zu dem Schluß gekommen, daß die Bemühungen, einen Waffenstillstand zwischen den Griechen und türkischen Nationalisten in Kleinasien zustande zu bringen, augenblicklich vergebens seien. Die türkischen Nationalisten haben nach Meldungen aus Smyrna eine Offensive gegen die Griechen in den meisten Abschnitten der anatolischen Front begonnen. Nach einer Depesche aus Kairo an die „London Times“ ist aus Syrien berichtet worden, daß Abd el-Karim, der Minister des Innern von Libanon, ermordet worden sei. In Damaskus sind Unruhen ausgebrochen und die Geschäfte sind geschlossen worden. Das Militär hat zur Unterdrückung von Volkskrawallen Tanks in Anwendung bringen müssen. Der seit mehreren Monaten vorbereitete Luftverkehr nach dem Orient ist nunmehr fahrplanmäßig aufgenommen worden. Der Weg des Expressflugzeuges ist folgender: London-Paris-Strasbourg-Brag-Wien-Bukarest-Konstantinopel. Reisende, welche es eilig haben, können aus dem Londoner Flugplatz den Luftexpress besteigen und in Konstantinopel nach einem 994 Meilen langen Flug 40 Stunden früher anlangen als mit dem Expresszug, der zu derselben Fahrt 1 1/2 Tage braucht. Die ersten Flüge wurden in rund 68 Stunden zurückgelegt, doch beträgt die eigentliche Flugzeit bloß 24 Stunden. Die übrige Zeit wird durch Nacht- und andere Pausen in Anspruch genommen. Sir Ross Smith, der berühmte engl. Flieger, stürzte mit dem Flugzeug, in dem er in drei Wochen einen Flug um die Welt beginnen wollte, bei Brooflands ab und kam zu Tode. Leutnant J. W. Bennett, der sein Begleiter auf dem Weltflug sein sollte, kam ebenfalls um. Das Flugzeug, mit dem die zwei Flieger abstürzten, war für den Weltflug gebaut worden und wurde von ihnen zum ersten Male erprobt. Sie hatten sich 15 Minuten in der Luft befunden, als die Maschine versagte. Sir Keith Smith, ein Bruder des Verunglückten, war Augenzeuge des Unfalls. Die zwei Brüder waren kurz nach dem Ende des Krieges von London nach Sydney geflogen. Dublin. Freistaatstruppen und republikanischen Soldaten entfalteten hier große Tätigkeit. Die Freistaatler nahmen mehrere Gebäude in Besitz, die den Zugang von den Hauptstraßen beherrschten, und stellten Maschinengewehre auf mehreren Hausdächern auf. Die republikanischen errichteten an mehreren Stellen Barrikaden. Truppenabteilungen mit Gewehren mar-

schieren die Straßen entlang. Die Ausbildungsstation für Polizisten wurde angegriffen, ferner wurde auf eine Schildwache vor dem Hauptquartier des Verteidigungsministers Mulcahy geschossen. Aber in beiden Fällen wurden die Angreifer verjagt. Zahlreiche kleinere Scherereien haben stattgefunden und jeder Zeit kann es zu einem ernstlichen Kampf kommen. Die Republikaner scheinen die Sache auf die Spitze treiben zu wollen. Ihre Führer werden befragt, weil viele ihrer Anhänger, die von auswärts gekommen waren, weil sie erwarteten, daß es zum Kampfe kommen werde, wieder heimgehen. Paris. In Zusammenhang mit dem Besuch des französischen Präsidenten Millerand in Tanchen, der Ende des Monats erwartet wird, erregt eine nationalistische Propaganda in jenem Lande beträchtliche Aufmerksamkeit, wenn sie auch bis jetzt noch keinen bedeutenden Umfang angenommen hat. In dieser Propaganda haben sich die Nationalisten der Kommunisten angegeschlossen, doch heißt es, daß zunächst noch nicht mehr als vielleicht 5 000 Leute in Betracht kommen. Die Abdankung des Bey von Tunis ist wiederholt gemeldet und auch wieder geleugnet worden; jetzt wird sie von einem Franzosen namens Fabre wieder bestätigt, der aus Tunisien ausgewiesen wurde; dieser berichtet, die Anhänger des Bey hätten den französischen Behörden einundzwanzig Reformforderungen vorgelegt, und der Bey habe abgelehnt, als diese Forderungen keine Berücksichtigung fanden. Diese Darstellung ist bis jetzt von amtlicher Seite noch nicht bestritten worden. Athen, Griechenland. Ein Bericht des griechischen Befehlshabers General Populas meldet die Wiedererfassung der Griechen und türkischen Nationalisten in Kleinasien. Der Bericht schildert ein langes Gefecht an der Ägäis-Parahissar-Front, wo tausend Türken, unter Verwendung von Artillerie, die Griechen ohne Erfolg angriffen. Der Feind mußte sich abends nach schweren Verlusten zurückziehen. Die griechischen Verluste werden als unbedeutend bezeichnet. Genf, Schweiz. Zwischen sechs und sieben Millionen Ruinen werden Hungers sterben, ehe die nächste Ernte eingebracht ist. Dies trübte Bild enthält ein Bericht des Hauptmannes Düring, eines Mitgliedes der internationalen Hilfsorganisation. Ueber die Frage der Liquidation deutschen Eigentums in polnisch-Besitzlanden wurde eine Vereinbarung erreicht, so daß Dr. Gozlander, Präsident der Oberschlesischen Kommission, seinen Schiedsspruch nicht zu machen braucht. Die Bekanntmachung dieser Entscheidung wurde kurze Zeit hingehalten, damit die polnisch-deutsche Konferenz zu einer Vereinbarung kommen konnte. Diese Körperchaft hat noch immer die Frage der wölkischen Winderheiten in den bestrittenen Gebieten zu regeln. Australien. Der australische Ministerpräsident Hughes erklärte, es sei für Australien zwecklos, bei der Politik der Ausschließung des deutschen Handels zu verharren, von der die Welt sich abgewandt habe.

Von der Genoa-Konferenz.

Die Verhandlungen der Genoa-Konferenz während der letzten Woche drehten sich hauptsächlich um den deutsch-russischen Vertrag. Der erste Sturm hat sich gelegt. Die Franzosen, die so enttäuscht die Unzulänglichkeiten des Vertrages und die Bestrafung Deutschlands forderten, haben bei England und den übrigen Mächten keine Zustimmung; doch wurde Deutschland von der Kommission, welche die russischen Angelegenheiten behandelt, ausgeschloffen. Die Deutschen nahmen lachend diese milde Strafe hin. Mit dem Vertrage — dessen Bedeutung überdacht werden mag, der aber beweist, daß Deutschland wieder eine Rolle in der internationalen Politik spielt — in der Tasche, erklärte die deutsche Regierung, daß sie die Ängste der Alliierten und der kleinen Entente hinhinnehmen und verspricht, in Zukunft die Würde der Konferenz nicht mehr durch „Musterverträge auf eigenen Antrieb“ zu verletzen. Die deutsche Note ist insofern gefast, daß niemandes Gewicht verleiht werden. Ueber die Abfassung der Beschlüsse nach zweitägiger Verhandlung mit Carlo Schanzer, dem italienischen Minister des Äußeren. Die Deutschen verteidigten ihren Vertrag mit Ausland mit der Erklärung, daß die Alliierten selbst besondere Unterhandlungen mit Ausland angeknüpft hätten, und daß Deutschland zu dem Abkommen gezwungen sei, daß bald ein Abkommen ohne Berücksichtigung der deutschen Interessen erzielt werden würde. Auch ließ die deutsche Delegation keinen Zweifel bei den Alliierten, daß Deutschland damit rechnete, gezwungen zu sein, seine Interessen offen zu wahren. Dieser Abbruch des Zwischenfalls nach so großen Sturmrohungen wird allgemein als ein bedeutender Sieg für Deutschland und Ausland angesehen, aber zugleich wunderte man sich, welche Gründe Lloyd George veranlaßt haben mögen, nicht härter auf Rückgängigmachung des Vertrages zu dringen. Frankreich droht zwar noch weiter, wird aber wohl auch nachgeben müssen. Der deutsch-russische Vertrag. Man hört über ihn alle nur möglichen und unmöglichen Urteile von den verschiedensten Seiten. Wir wagen noch kein Urteil darüber zu fällen, ob die jetzige deutsche Regierung klug handelte, vom rein politischen Standpunkt aus betrachtet. Darüber werden uns die späteren Ereignisse Aufschluß geben. Jedenfalls wurde durch den neuen Vertrag der Vertrag von Brest-Litowsk aufgehoben, den die europäischen Alliierten seiner Zeit so sehr verdammt. Sie sollten also in dieser Beziehung wenigstens dem neuen Vertrag zustimmen. Sie tun es aber nicht, denn sie haben es sich zur Gewohnheit gemacht, kurzer Hand alles zu verdammen, was die russische Sowjet-Regierung und die deutsche Regierung unternehmen. Daß in Genoa das Bekanntwerden, daß der Vertrag abgeschlossen worden sei, so große Aufregung und Verwirrung erregte, erscheint beinahe lächerlich. Die dort versammelten Staatsmänner hätten es sich an den Fingern abzählen kön-

nen, daß etwas dieser Art sich ereignen müßte. Westminster Gazette in London hat fahrlaher Recht, wenn sie sagt: „Die einfache Tatsache ist doch wohl die, daß Deutschland und Rußland zwei der fünf größten leistenden Nationen Europas sind, und der Versuch, sie als Parias und Auswurf zu behandeln, unwert von dem Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten, außer als gehorrende und untertänige Teile, müßte, wenn auch nicht zum Zusammenbruch, so doch zur Entlassung führen.“ Die Franzosenkrieger in Amerika wissen natürlich nichts anderes zu sagen, als in einseitiger Weise wieder loszuschimpfen auf Deutschland und Rußland. „Blatter von Verdun“, wie „Chicago Tribune“ urteilen ähnlich wie „Westminster Gazette“. Die „Tribune“ schreibt: „Es ist das wichtigste Ereignis seit dem Abbruch des Vertrages von Versailles, vielleicht nur mit der einen Ausnahme, der des Abbruchs des Viermächte-Vertrages und der Abmachung über Beschränkung der Rüstungen zur See. Doch das Zustandekommen des deutsch-russischen Vertrages, wenn auch von außerordentlicher Bedeutung, dürfte nicht übersehen. Schon lange haben Kluge Beobachter vorausgesagt, daß der fortwährende Ausschuß von Rußland und Deutschland bei Beratungen der anderen Mächte die früheren beiden in feindliche Beziehungen und gemeinsames Handeln hinhinzuweisen müßte. Mit den richtigen russischen Hilfsquellen zu seiner Verfügung, würde Deutschland gar bald wieder in einer Stellung sein, seinen Einfluß geltend zu machen, und die beiden richtigen Mächte dürften wohl hoffen, gar bald in europäischen Angelegenheiten zu dominieren. Leute, die vorurteilfrei urteilen können, haben auch dem entgegengehört, daß Deutschland irgend einen selbständigen Schritt tun müßte, wenn Frankreichs Ideen in Genoa maßgebend sein sollten.“ So schrieb Robert Dell von Genoa aus der Bodenschicht „The Nation.“ „Der Zweck der Konferenz in Genoa war, einen Plan zur Selbsthilfe in Europa auszuarbeiten. Der Ausschluß der Reparationsfrage von den Beratungen der Konferenz macht es aber unmöglich, das in Genua für diese Zwecke Ziel zu erreichen. Denn wie kann die Konferenz mit Problemen sich beschäftigen wie die Rüstung oder die zur Wiederherstellung des Vertrauens“ notwendigen finanziellen Zustände befechtigen, wenn der den Hauptteil auf diesen auszubehende Kapital nicht berührt werden darf? Unter diesen Umständen handelte Amerika weise, als es seine Teilnahme abzog. Sämtliche Finanzschwerfhandlungen zwischen den Ländern stimmen darin überein, daß die Hauptursache für das in Europa herrschende humanitäre und wirtschaftliche Chaos die unzulässigen und wirtschaftlichen Bestimmungen in den Friedensverträgen bilden. Wenn die Reparationsfrage nicht besprochen werden darf, kann auch Deutschland nicht geholfen werden. Und doch weiß jeder Mensch, daß der Wiederaufbau Europas vom Wiederaufbau Deutschlands und Rußlands, doch hauptsächlich von dem Deutschlands abhängt, da Rußland kein großes Industrie Land ist.“